

Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen?

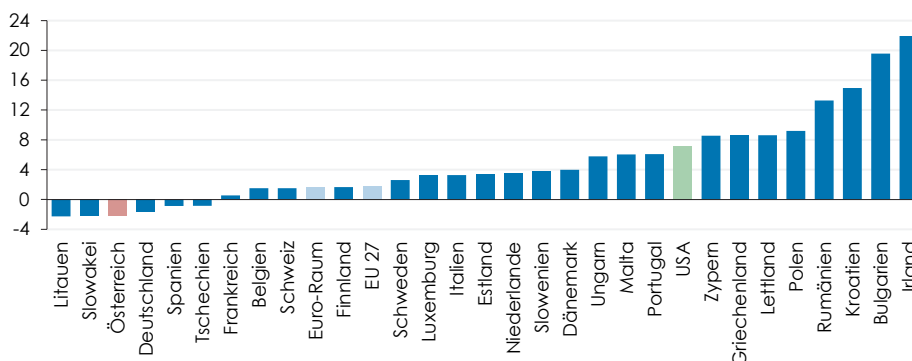
Eine makroökonomische Betrachtung

Gabriel Felbermayr

- Eine wichtige Kennzahl zur Wohlstandsmessung auf makroökonomischer Ebene ist der Realwert des BIP pro Kopf. Er misst die Kaufkraft von Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft.
- Die multiplen Krisen der letzten Jahre – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise, Energiepreisschock – haben die in Österreich lebenden Menschen im Durchschnitt ärmer gemacht. Der Realwert des BIP pro Kopf lag 2023 um 2,2% unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2019.
- Im Durchschnitt des Euro-Raumes hat sich der Realwert pro Kopf deutlich schneller erholt und war 2023 schon um 1,6% höher als 2019. Österreich wird den Vorkrisenwert dagegen erst 2025 wieder erreichen.
- Dies resultiert aus dem Umstand, dass die Krisen Österreich härter getroffen haben als andere Länder. Außerdem ist in Österreich trotz überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstums die geleistete Arbeitszeit pro Einwohner:in 2019/2023 um 4,3% gesunken.
- Die Verbraucherpreise sind in Österreich wesentlich stärker gestiegen als in den meisten anderen Euro-Ländern. Das bringt neben ungünstigen Verteilungseffekten auch negative Wachstumseffekte mit sich, die durch eine deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verstärkt werden.
- Staatliche Maßnahmen stützten trotz der bis 2023 rückläufigen Reallöhne den privaten Konsum. Wegen des lebhaften Bevölkerungswachstums lag der reale Konsum pro Kopf 2023 allerdings um 2% unter dem Vorkrisenniveau von 2019.

Wohlfahrtentwicklung im internationalen Vergleich

Realwert des BIP pro Kopf, Veränderung 2019/2023 in %



"Gemessen am Realwert des BIP pro Kopf hat Österreich die multiplen Krisen der letzten Jahre schlechter bewältigt als andere Volkswirtschaften."

Zur Berechnung des Realwerts wird das nominelle BIP pro Kopf mit dem Deflator der inländischen Verwendung preisbereinigt (anstelle des BIP-Deflators). Dieser Indikator ist für die Wohlstandsmessung besser geeignet als das reale BIP pro Kopf, weil er die Kaufkraft im Inland berücksichtigt (Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), 2023: Prognose).

Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen?

Eine makroökonomische Betrachtung

Gabriel Felbermayr

Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

Die multiplen Krisen seit 2019 – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise, Energiepreisschock – haben die österreichische Volkswirtschaft härter getroffen als andere Länder. Der Realwert des BIP pro Kopf – ein Maß für die durchschnittliche Kaufkraft der Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – lag 2023 um 2,2% unter dem Niveau von 2019. Der Euro-Raum hat sich hingegen schneller erholt. Dort war der Realwert des BIP pro Kopf 2023 schon um 1,6% höher als 2019. Österreich wird den Vorkrisenwert frühestens 2025 erreichen. Trotz überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstums sinkt in Österreich die geleistete Arbeitszeit pro Einwohner:in, was den Realwert des BIP pro Kopf unter Druck setzt. Trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen lag der reale Konsum pro Kopf 2023 um 2% unter dem Vorkrisenniveau.

JEL-Codes: E20, E23, E24 • **Keywords:** Makroökonomie, Wirtschaftsentwicklung

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) •
Abgeschlossen am 17. 2. 2024

Kontakt: Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at)

Where Does Austria Stand in the Fifth Year of Multiple Crises? A Macroeconomic Analysis

The multiple crises since 2019 – the COVID-19 crisis, the supply chain crisis, the energy price shock – hit the Austrian economy harder than other countries. The real value of GDP per capita – a measure of the average purchasing power of income from the production of goods and services – was 2.2 percent lower in 2023 than in 2019. In contrast, the euro area recovered more quickly. The real value of GDP per capita there is already 1.6 percent higher in 2023 than in 2019. Austria will not reach its pre-crisis level until 2025 at the earliest. Despite above-average employment growth, the number of hours worked per capita is falling in Austria, which is putting pressure on the real value of GDP per capita. Despite government support measures, the volume of consumption per capita will be 2 percent below the pre-crisis level in 2023.

1. Einleitung

Österreichs Wirtschaft wird nun schon das fünfte Jahr in Folge von sich überlagernden Krisen gebeutelt.

Im Februar 2020 traten in Österreich die ersten COVID-19-Infektionen auf. Im März kam es zu einem ersten bundesweiten Lockdown, im Spätherbst bzw. Winter 2020/21 zu zwei weiteren Schließungsmaßnahmen; im Spätherbst 2022 folgten neuerliche Lockdowns. Bis in den Juni 2023 gab es Einschränkungen abnehmender Intensität. Die Lockdowns führten zu drastischen Wertschöpfungseinbußen, vor allem im Bereich kontaktintensiver Dienstleistungen. Außerdem bewirkten die Schließungen von Produktionsstätten im Ausland (etwa in Norditalien oder China) Versorgungsengpässe in der heimischen Industrie. Im Zuge der unerwartet raschen Konjunkturerholung nach der akuten Phase der Pandemie zogen die Rohstoffpreise weltweit stark an. Weiter geltende COVID-19-Restriktionen und eine lebhaftere Nachfrage nach Industriegütern verursachten schwere Verwerfungen in den Liefernetzwerken. Die Frachtraten im internationalen Gü-

terhandel erhöhten sich bis zum Jahreswechsel 2021/22 kräftig. In Österreich überschritt die Inflation, getrieben von Entwicklungen auf dem Weltmarkt, im November 2021 erstmals seit 2019 die 4%-Marke. Rohstoffe, insbesondere Erdgas, verteuerten sich nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 weiter massiv. Im August 2022 erreichte der Gaspreis auf dem preissetzenden niederländischen Markt 340 € je MWh, nachdem er in der COVID-19-Krise zeitweise noch bei rund 10 € je MWh gelegen war. Diese "importierte Teuerung" trieb in Österreich die Preise für Energie, später auch für andere Güter und Dienstleistungen in Höhen wie zuletzt in den 1970er-Jahren. Die Teuerungskrise erreichte um den Jahreswechsel 2022/23 mit einer Inflationsrate von etwa 11% einen Höhepunkt. Seitdem ist die Preissteigerungsrate wieder abgeebbt; im Jänner 2024 lag die Inflation bei 4,5%.

Die "Stapelkrisen"¹⁾ der letzten Jahre haben wirtschaftlich ihre Spuren hinterlassen. Sie haben die österreichische Volkswirtschaft ärmer gemacht, auch wenn die Politik mit vielen verschiedenen Maßnahmen versucht hat, Härten zu vermeiden und permanente Schäden zu minimieren. Alle drei Krisen – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise und Energiepreisschock – kamen im Wesentlichen von außen und haben Österreich besonders hart getroffen. Doch bei der Anpassung an

diese Schocks haben die Regierungen unterschiedlicher Länder unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie Österreich im internationalen Vergleich durch die rezenten Krisen gekommen ist. Dabei wird vor allem auf die makroökonomische Leistung abgestellt. Verteilungsfragen, die in allen drei Krisenphänomenen von enormer Bedeutung waren, bleiben dagegen außen vor.

2. Wohlstandsmessung in der Makroökonomie

Zur Frage, wie das allgemeine Wohlfahrtsniveau eines Landes über die Zeit und im Vergleich mit anderen Ländern gemessen werden kann, gibt es eine langandauernde und umfangreiche Debatte. Die Schwierigkeiten beginnen bereits mit der Nomenklatur, zumal der in der Volkswirtschaftslehre gängige Begriff der "Wohlfahrt" ("Welfare") in der deutschsprachigen Literatur eng mit dem Sozialsystem und seinen Leistungen verbunden ist. In der Wissenschaft ist Wohlfahrt breit definiert und umfasst alle materiellen und immateriellen Elemente, die Wirtschaftssubjekten Nutzen verschaffen. Neben dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen gehen somit auch Freizeit, Gesundheit, ökonomische und physische Sicherheit oder eine intakte Natur in die Wohlfahrt ein (siehe etwa Jones & Klenow, 2016). In der Folge werden Wohlstand und Wohlfahrt als Synonyme verwendet. Dabei handelt es sich stets um Flussgrößen – im Unterschied zu Vermögen oder Umweltqualität, die Bestandsgrößen darstellen.

Im Jahr 2008 setzte der französische Präsident Nicolas Sarkozy eine Kommission von Expert:innen ein, die Vorschläge zu einer sinnvollen Messung des Wohlstands machen sollte. Die von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi geleitete Gruppe formulierte zwölf Empfehlungen. Diese umfassen Vorschläge zu einer umfassenderen Messung der sozialen Wohlfahrt und die Forderung, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als bisher geläufigsten Indikator in der wirtschaftspolitischen Debatte durch die Betrachtung einer Reihe zusätzlicher Messgrößen zu ergänzen. So sollten insbesondere Verteilungsmaße, die Nachhaltigkeit und die Umweltqualität stärker berücksichtigt werden. Dieses Anliegen wird von einer breiten Mehrheit der Ökonom:innen geteilt; die starke Fokussierung auf das BIP als Wohlstandsmaß wird nicht erst seit der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission kritisiert.

In der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte ist das BIP allerdings immer noch die bestimmende Größe. Im Zuge der vierteljährlichen Konjunkturprognose des WIFO und anderer Wirtschaftsforschungsinstitute wird

das BIP-Wachstum medial bei weitem am stärksten rezipiert, obwohl das veröffentlichte Zahlenwerk eine Reihe weiterer wichtiger Kennzahlen beinhaltet. Das Kennzahlen-set ist bisher vor allem durch die praktischen Vorgaben definiert, so etwa im deutschen Stabilitätsgesetz von 1967. Darin wird das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht determiniert durch, erstens, ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, zweitens, ein stabiles Preisniveau, drittens, einen hohen Beschäftigungsstand und, viertens, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Verteilungspolitische Kennzahlen oder Maße der ökologischen Nachhaltigkeit fehlen dagegen in kurzfristigen Prognosen weitgehend. Das WIFO hat sich zum Ziel gesetzt, über das "magische Viereck" hinaus volkswirtschaftliche Größen in die Prognosearbeit aufzunehmen, die mit den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission vereinbar sind. So enthält die vierteljährliche WIFO-Konjunkturprognose seit Juni 2022 die Entwicklung der Treibhausgasemissionen für das laufende und das Folgejahr. Zukünftig soll im Rahmen der Prognose auch die kurzfristige Entwicklung des real verfügbaren Haushaltseinkommens abgeschätzt werden.

Damit wird das WIFO die erste Empfehlung der Kommission umsetzen, indem es bei der Wohlfahrtsmessung zusätzlich zur Produktion das Einkommen und den Konsum erfasst. Aber auch das BIP kann durch eine einfache Anpassung zu einem besseren Maß der Wohlfahrt werden. Üblicherweise wird die nominelle Bruttowertschöpfung mit dem Preisindex der inländischen Produktion, dem BIP-Deflator, preisbereinigt, sodass das reale BIP das im Inland erwirtschaftete Einkommen in Einheiten der produzierten Güter und Dienstleistungen misst. Man kann das nominelle BIP aber auch mit einem anderen Preisindex bereinigen, etwa mit jenem der letzten inländischen Verwendung. Damit erhält man ein Maß für das Einkommen in Einheiten der im Inland endverbrauchten Güter und Dienstleistungen. Das so gewonnene Maß wird als Realwert des BIP bezeichnet (Nierhaus, 2014), auf Englisch als "Com-

Der Realwert des BIP ist ein besseres Wohlstandsmaß als das gängige reale BIP.

¹⁾ Stapelkrisen entstehen, wenn nach und nach neue Krisenphänomene zu bestehenden hinzukommen,

diese aber nicht ablösen, sondern sich mehrere Krisen überlagern.

mand-basis GDP²⁾). Es berücksichtigt nicht nur den privaten Konsum, wie dies bei Deflationierung des BIP mit dem Verbraucherpreisindex der Fall wäre, sondern auch den öffentlichen Konsum und private ebenso wie öffentliche Investitionen. Der Realwert des BIP misst also das Bruttoinlandsprodukt in Einheiten nachgefragter (absorbierter) Güter und Dienstleistungen, während das gängige reale BIP auf die produzierten Güter und Dienstleistungen abstellt. Der Realwert des BIP gibt ebenso wie das reale BIP keine Auskunft über die Verteilung des Wohlstands.

Hinter seiner Veränderung kann sich also eine erwünschte oder eine unerwünschte Veränderung der Ungleichheit verbergen. Während Maße des realen verfügbaren Einkommens durch schuldenfinanzierte öffentliche Transfers oder Umverteilung mechanisch in die Höhe getrieben werden können, ist das beim Realwert des BIP allerdings nicht der Fall, es sei denn die zusätzliche Verschuldung führt zu einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch Verminderung von Unterbeschäftigung.

3. Entwicklung des Realwerts des BIP pro Kopf in Österreich seit 2019

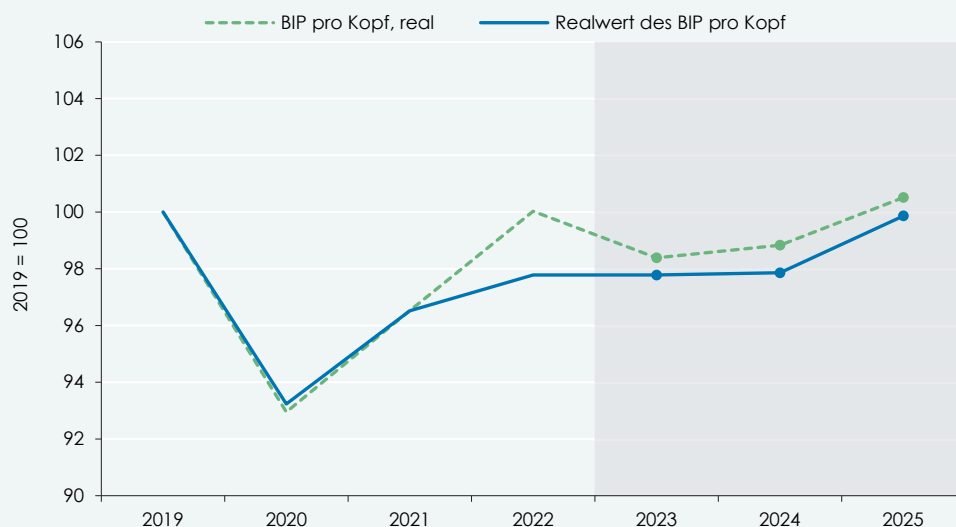
Der Realwert des BIP pro Kopf dürfte in Österreich erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Im Durchschnitt des Euro-Raumes hat er sich deutlich schneller erholt und war bereits 2023 um 1,6% höher als 2019.

Die beiden BIP-Maße können sich in offenen Volkswirtschaften gravierend unterscheiden. Dort decken sich die im Inland produzierten Güter kaum mit jenen Gütern, die im Konsum und durch Investitionen verbraucht werden. Dies kann zu sehr unterschiedlichen Preisentwicklungen führen, wie sich auch in der jüngsten Teuerungskrise deutlich zeigte, als die Preise für Importe zunächst stark anstiegen, jene für Exporte aber dahinter zurückblieben. Die daraus resultierende Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse (Terms-of-Trade) in Österreich und den meisten anderen OECD-Ländern ist wohlfahrtsökonomisch hoch relevant, weil die durch die heimische Produktion erzielten Einkommen an Kaufkraft verloren haben. Die Terms-of-Trade haben sich inzwischen zwar

wieder etwas verbessert, für wichtige Importgüter, z. B. für Gas oder elektrischen Strom, muss Österreich aber weiterhin mehr ausgeben als vor der Teuerungskrise.

Die Berichterstattung zur Wirtschaftsentwicklung stellt meist nicht auf Pro-Kopf-Größen ab. Auch diese Praxis steht in starkem Widerspruch zu konzeptuellen Überlegungen, beispielsweise in der Wachstumstheorie³⁾. Für die Wohlfahrtsmessung sind die pro Einwohner:in im Durchschnitt real verfügbaren Ressourcen relevant. Das Ziel der Wirtschaftspolitik besteht in der Steigerung der Wohlfahrt in Form des Realwerts des BIP pro Kopf, nicht des gesamtwirtschaftlichen BIP. Das ist vor allem in Ländern höchst relevant, deren Bevölkerung schrumpft.

Abbildung 1: Reales BIP pro Kopf im Vergleich zum Realwert des BIP pro Kopf



Q: Statistik Austria, WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2023. 2023 bis 2025: Prognose. Realwert des BIP . . . nominelles BIP deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung.

Abbildung 1 zeigt, wie sich das reale BIP pro Kopf in Österreich seit 2019, dem letzten Jahr

vor Beginn der Stapelkrisen, entwickelt hat und wie es sich gemäß der WIFO-Prognose

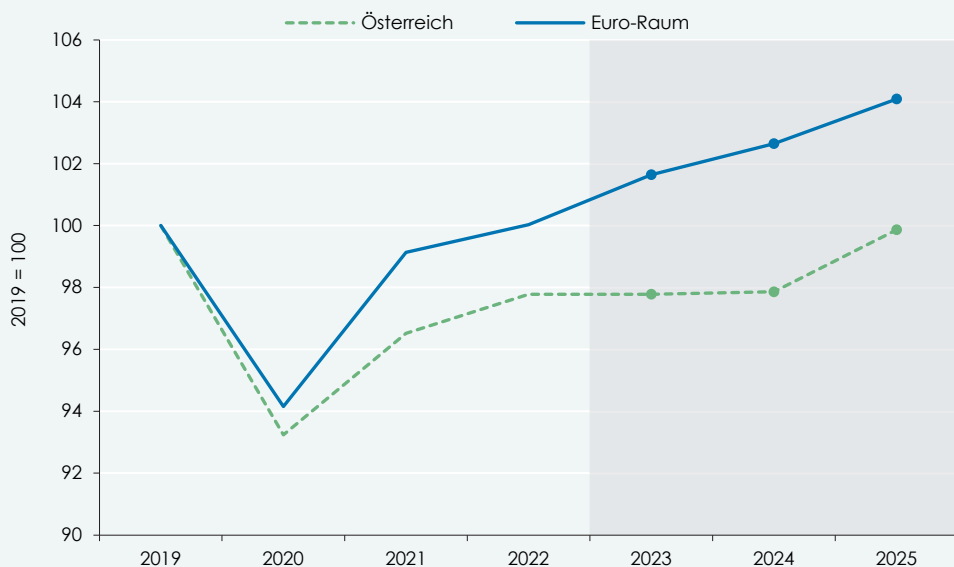
²⁾ Siehe z. B. die Definition des U.S. Bureau of Economic Analysis unter <https://www.bea.gov/help/glossary/command-basis-gross-domestic-product>.

³⁾ Zur Diskussion um die Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums in der Wohlfahrtsmessung siehe Adhami et al. (2023).

von Dezember 2023 bis 2025 entwickeln dürfte. In der Akutphase der COVID-19-Krise brach das BIP pro Kopf um rund 7% ein; dabei macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob man die reale Produktion berechnet oder den Realwert (also in diesem Fall die Kaufkraft) der daraus resultierenden Einkommen. Im Jahr 2021 kam es zu einer Erholung. Für 2022 divergieren die beiden Indikatoren aber deutlich: Während sich das reale BIP pro Kopf, also das Volumen der im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen je Einwohner:in, wieder erholt und das Vorkrisenniveau von 2019 erreichte, lag die Kaufkraft des BIP noch um mehr als 2% darunter. Der Grund dafür ist die drastische Verteuerung importierter Energieträger, die die Preise für im Inland konsumierte und inves-

tierte Güter und Dienstleistungen nach oben trieb und den Realwert des BIP pro Kopf entsprechend verminderte. Im Jahr 2023 stagnierte der Indikator, weil sich das Wachstum der Bevölkerung und der Anstieg des Realwerts des BIP ungefähr die Waage hielten. Das reale BIP pro Kopf brach hingegen um 1,6% ein, da das reale BIP bei gleichzeitigem Anwachsen der Wohnbevölkerung (+0,8%) um 0,8% schrumpfte. Gemäß der WIFO-Prognose dürften sich 2024 und 2025 die Terms-of-Trade langsam verbessern, sodass sich der Verbraucherpreisindex und der Preisindex der letzten inländischen Verwendung sehr ähnlich entwickeln sollten. 2025 dürfte der Realwert des BIP pro Kopf das Vorkrisenniveau erreichen.

Abbildung 2: Realwert des BIP pro Kopf – Österreich und Euro-Raum im Vergleich



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023 bis 2025: Prognose. Realwert des BIP . . . nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung.

In Österreich hat sich also aufgrund der multiplen Krisen die Wohlfahrt, gemessen am Realwert des BIP pro Kopf, gegenüber 2019 nicht erhöht. Ohne Krisen wäre er entlang des 2019 prognostizierten Wachstums von BIP und Wohnbevölkerung gestiegen; nach einer groben Abschätzung um etwa 5% bis 2025⁴⁾.

Wie haben sich andere Länder entwickelt? Abbildung 2 vergleicht Österreich mit dem Euro-Raum. Dabei zeigt sich, dass der Realwert des BIP pro Kopf in Österreich in der COVID-19-Krise um etwa 1 Prozentpunkt stärker einbrach als im Euro-Raum insgesamt. Zwar erholte sich das reale BIP in Österreich

danach kräftiger, das stärkere Bevölkerungswachstum und die im Zuge der Teuerungskrise höhere Inflation ließen den Rückstand zum Euro-Raum im Jahr 2022 jedoch auf etwas mehr als 2 Prozentpunkte anwachsen. 2023 wirkten sich die leichte Rezession in Österreich bei gleichzeitigem Wachstum im Euro-Raum sowie das weiter lebhaftere Bevölkerungswachstum negativ aus, wodurch der Abstand im Realwert des BIP pro Kopf bezogen auf das Basisjahr 2019 rund 4 Prozentpunkte erreichte. Nach einer weiteren Ausweitung des Differenzials im laufenden Jahr dürfte der Rückstand am Ende des Prog-

⁴⁾ Hierbei ist ein Trendwachstum des Realwerts des BIP in der Höhe des realen BIP von 1,3% pro Jahr und der Wohnbevölkerung von 0,5% pro Jahr unterstellt. In grober Näherung haben die multiplen Krisen in Preisen von 2025 einen Schaden von rund 2.800 € pro Kopf

verursacht; in den Jahren vorher deutlich weniger, aber die insgesamt seit 2019 entfallenen Einkommen könnten die Summe von 10.000 € pro Kopf bereits übersteigen.

Gemessen am Realwert des BIP pro Kopf hat Österreich die multiplen Krisen der letzten Jahre schlechter bewältigt als andere Volkswirtschaften.

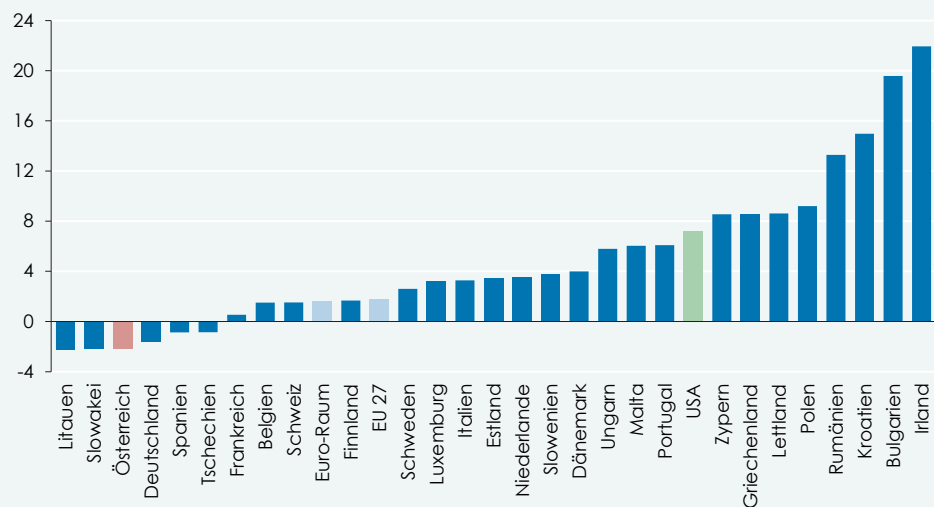
nosezeitraumes immer noch gut 4 Prozentpunkte betragen.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des Realwerts des BIP pro Kopf von 2019 bis 2023 für die EU-Mitgliedsländer, den Euro-Raum, die EU 27 insgesamt sowie die USA. Österreich zählt demnach zu den Ländern, die am schlechtesten abschnitten. Nur in Litauen und der Slowakei schrumpfte der Realwert ähnlich stark. Auch in Deutschland, Spanien, Tschechien und dem Vereinigten Königreich lag der Realwert 2023 noch unter dem Niveau von 2019. Im Durchschnitt des Euro-Raumes und der EU 27 zeigt sich hingegen ein leichtes Wachstum von 1,6% bzw. 1,8%. Eine Reihe von kleineren osteuropäischen Ländern schneiden scheinbar sehr gut ab; dies hat aber mit einem Verlust an Bevölkerung zu tun, der rechnerisch die Pro-Kopf-

Werte in die Höhe treibt. Irland eignet sich aufgrund seines von der Digitalwirtschaft der USA bestimmten Geschäftsmodells kaum für Vergleiche; Norwegen, nicht in Abbildung 3, ist wegen seiner zentralen Rolle als Lieferant sehr teuer gewordener fossiler Brennstoffe ebenfalls kein brauchbares Vergleichsland. Ähnliches gilt für die Niederlande, wenn auch in geringerem Ausmaß. Für Österreich ist eher das relativ gute Abschneiden der skandinavischen Länder interessant; auch Belgien oder Frankreich zeigen ein etwas besseres Bild. Gemessen am Realwert des BIP pro Kopf hat Österreich die multiplen Krisen der letzten Jahre demnach nicht besonders gut bewältigt. Das liegt an der Stärke der Schocks, die hierzulande besonders ausgeprägt waren, aber auch an den getroffenen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

Abbildung 3: Wohlfahrtsentwicklung im internationalen Vergleich

Realwert des BIP pro Kopf, Veränderung 2019/2023 in %



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023: Prognose. Realwert des BIP . . . nominelles BIP deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung.

Österreich verzeichnete in den letzten Jahren ein kräftiges Beschäftigungswachstum. Wichtiger als die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist in makroökonomischer Hinsicht allerdings die geleistete Arbeitszeit pro Kopf.

4. Triebkräfte der Entwicklung: Bevölkerung, Arbeitszeit und Produktivität

Verglichen mit dem Euro-Raum insgesamt wuchs die unselbständige Beschäftigung in Österreich kräftiger. Schon 2021 war sie hierzulande fast wieder an das Vorkrisenniveau von 2019 herangekommen, im Euro-Raum, der 2020 einen weniger starken Einbruch verzeichnet hatte als Österreich, lag die Beschäftigung 2021 schon deutlich über 2019. Der Aufbau der Beschäftigung setzte sich in Österreich allerdings fort; 2023 lag der Beschäftigtenbestand bereits um 4% über dem Vorkrisenniveau, im Euro-Raum insgesamt um 3,6%. In den nächsten Jahren dürfte sich der Vorsprung Österreichs weiter vergrößern,

sodass gemäß WIFO-Prognose im Jahresdurchschnitt 2025 um 6% mehr Beschäftigungsverhältnisse aufrecht sein werden als 2019. Der Zuwachs dürfte somit um 1,3 Prozentpunkte höher ausfallen als im Euro-Raum. Diese Entwicklung ist erfreulich, da der nach wie vor einigermaßen stabile Arbeitsmarkt auch eine wichtige psychologische Stütze für die Bevölkerung darstellt⁵⁾.

Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist aber in makroökonomischer Hinsicht weniger bedeutend, als man meinen könnte. Unterstellt man nämlich eine einfache makro-

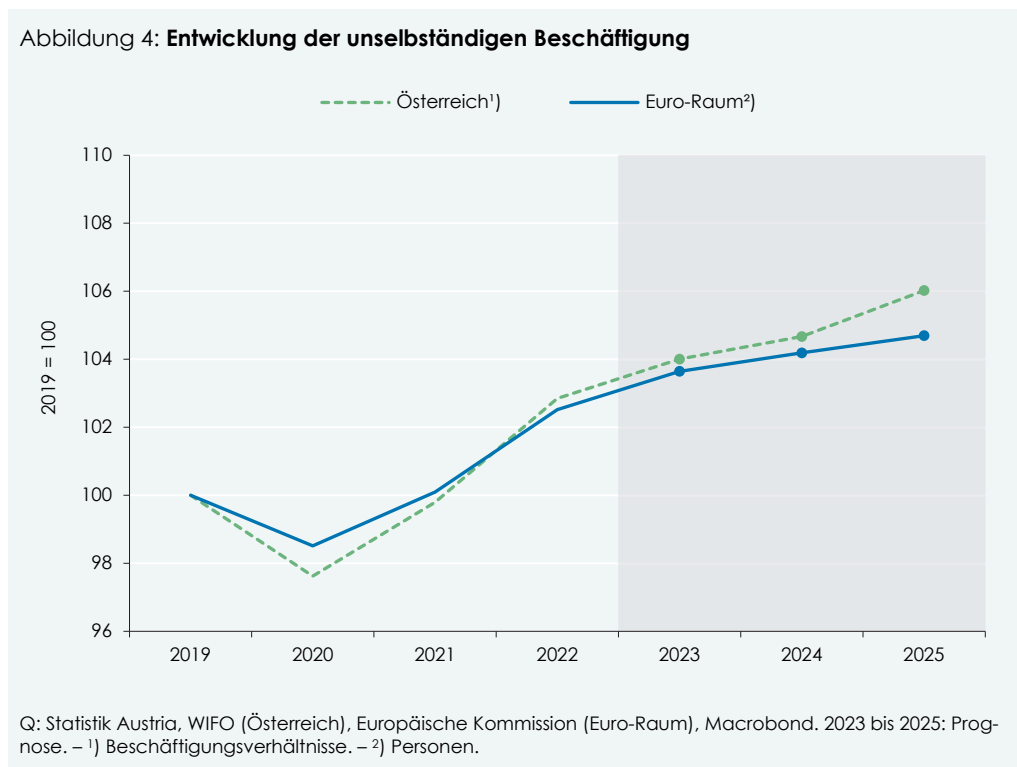
⁵⁾ Derzeit steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich deutlich. Ein unerwartet starker Beschäftigungsabbau in

Industrie und Bauwirtschaft stellt in der Prognose des WIFO ein bedeutendes Abwärtsrisiko dar.

ökonomische Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen, so kann das Wachstum des realen BIP pro Kopf als Summe des Produktivitätswachstums, der Veränderung der Arbeitszeit je Einwohner:in und der Veränderung der Kapitalintensität der Produktion gewichtet mit der Outputelastizität des Produktionsfaktors Arbeit interpretiert werden (siehe Kasten "Zerlegung der Veränderung der Wachstumsrate des BIP"). Mit ande-

ren Worten, die Veränderung der Arbeitszeit pro Kopf hat dieselbe makroökonomische Bedeutung wie die Veränderung der aggregierten Produktivität, während die Kapitalintensität (der Kapitalstock je geleistete Arbeitsstunde) typischerweise mit einem Gewicht von rund einem Drittel in die Rechnung eingeht. Die bloße Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist makroökonomisch nicht maßgeblich.

Abbildung 4: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung



Zerlegung der Veränderung der Wachstumsrate des BIP

Unterstellt man eine makroökonomische Produktionsfunktion von der Form $Y = AF(L, K)$, wobei Y der Realwert der Produktion ist, A die gesamtwirtschaftliche Produktivität und $F(L, K)$ eine linear-homogene Produktionsfunktion mit dem Arbeitseinsatz L (in Stunden) und dem Kapitalstock K , dann ergibt sich durch totales Differenzieren und Erweitern die näherungsweise Beziehung $\hat{y} = \hat{A} + \hat{l} + \alpha \hat{k}$, wobei " $\hat{\cdot}$ " eine prozentuale Veränderung anzeigt, y der Output je Einwohner:in, l die Arbeitszeit je Einwohner:in, k die Kapitalintensität, K/L und $\alpha \in (0, 1)$ die Outputelastizität des Kapitalstocks ist. In der Folge wird \hat{Y} mit der Wachstumsrate des Realwerts des BIP pro Kopf identifiziert.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität kann in diesem sehr vereinfachten Ansatz als Residuum verstanden werden, das alle nicht direkt adressierten Bestimmungsfaktoren des realen BIP pro Kopf zusammenfasst. Insbesondere gehen darin auch relative Veränderungen der Preise (etwa der oben diskutierten Terms-of-Trade) ein. Auch Verwerfungen in den Lieferketten können als ein negativer Einflussfaktor der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verstanden werden. Die Lockdown-Maßnahmen während der COVID-19-Krise werden in der Literatur hingegen häufig als negativer Schock auf das

zur Verfügung stehende Arbeitszeitvolumen begriffen (Eppinger et al., 2023). In weiterer Folge soll daher das Hauptaugenmerk auf der Entwicklung der Arbeitszeit pro Einwohner:in liegen.

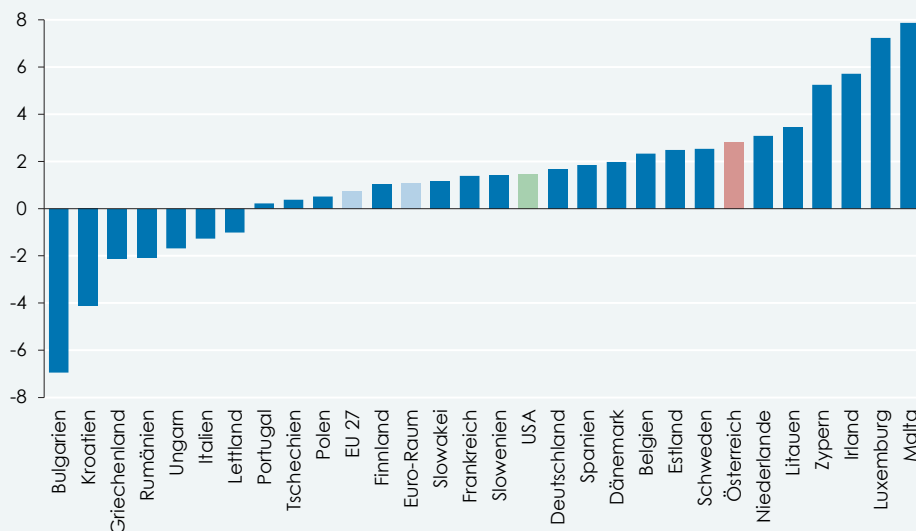
Die Pro-Kopf-Betrachtung ist schon deshalb relevant, weil seit 2019 in vielen Ländern die Bevölkerung dynamisch gewachsen ist. In Österreich ist die Bevölkerungszahl um 2,8% gestiegen, etwa vier Mal so stark wie im Durchschnitt der EU 27. Dieses Wachstum ist nicht nur, aber auch durch den Zustrom von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine zu erklä-

ren⁶). Abgesehen von kleinen EU-Ländern wie Malta, Zypern, Irland oder Luxemburg war der Bevölkerungszuwachs innerhalb der

EU nur in Litauen und den Niederlanden stärker als in Österreich (Abbildung 5).

Abbildung 5: **Entwicklung der Wohnbevölkerung**

Veränderung 2019/2023 in %



Q: Statistik Austria (Österreich), Europäische Kommission (AMECO, November 2023), Macrobond. 2023: Prognose.

In Österreich ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Einwohner:in 2019/2023 sehr viel stärker zurückgegangen als in anderen Volkswirtschaften.

Ceteris paribus erzeugt ein kräftiges Anwachsen der Bevölkerung Druck auf Pro-Kopf-Größen; Bevölkerungsschrumpfung wie in einer Reihe von ost- und südeuropäischen Ländern hat den gegenteiligen Effekt. Weil aber ein Bevölkerungswachstum auch zu höherem Arbeitsangebot und mithin zu einer Ausweitung von Produktion und Wertschöpfung führen sollte, ist der Nettoeffekt auf das BIP pro Kopf oder dessen Realwert a priori nicht eindeutig. Er hängt davon ab, ob dem Zuwachs an Bevölkerung ein Zuwachs an Beschäftigten entspricht und wie die durchschnittliche Arbeitszeit und die Qualifikation neu zugewanderter Personen im Vergleich zur bisherigen Wohnbevölkerung ausfallen. Wenn die Bevölkerung schneller wächst als die insgesamt in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen), dann ist es sehr wahrscheinlich, dass das BIP pro Kopf sinkt, es sei denn, die durchschnittliche Produktivität der Arbeitskräfte steigt entsprechend an. Weil andere Produktionsfaktoren, etwa der Maschinenpark, bei einem unerwarteten Anstieg der Wohnbevölkerung nicht kurzfristig angepasst werden können, sinkt die Kapitalintensität der Produktion, was die Produktivität des Faktors Arbeit weiter reduziert und das BIP pro Kopf schmälert⁷).

Umgekehrt steigert Auswanderung die Kapitalintensität, was das BIP pro Kopf erhöht; eine Auswanderung besonders gut ausgebildeter Personen bewirkt allerdings das Gegenteil.

Die korrekte empirische Messung der Qualifikation und Produktivität von Arbeitskräften ist eine Herausforderung, die hier nicht weiter besprochen werden soll. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist allerdings gut messbar. In Österreich ist die geleistete Arbeitszeit je Einwohner:in zwischen 2019 und 2023 um etwa 4,3% gesunken (Abbildung 6). Das Arbeitsvolumen ist in diesem Zeitraum um 1,5% geschrumpft, die Wohnbevölkerung ist hingegen um 2,8% gewachsen. Weil das reale BIP bei konstanter Produktivität und Vollauslastung ungefähr proportional zur geleisteten Arbeitszeit ist, bedeuten diese Zahlen, dass das BIP je Einwohner:in seit 2019 gesunken ist. Der Rückgang der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit ist in Österreich besonders ausgeprägt; von den in Abbildung 6 gezeigten Ländern war er nur in der Slowakei noch kräftiger. Im Euro-Raum insgesamt und der EU 27 ist die Pro-Kopf-Arbeitszeit 2019/2023 hingegen gestiegen (+1,2% bzw. +1,5%). Unter den

⁶) Allein im Jahr 2022 wanderten um rund 67.000 mehr Ukrainer:innen nach Österreich zu, als wieder fortzogen; dies entsprach fast 50% der gesamten Nettozuwanderung (<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/05/20230601Demographie2022.pdf>).

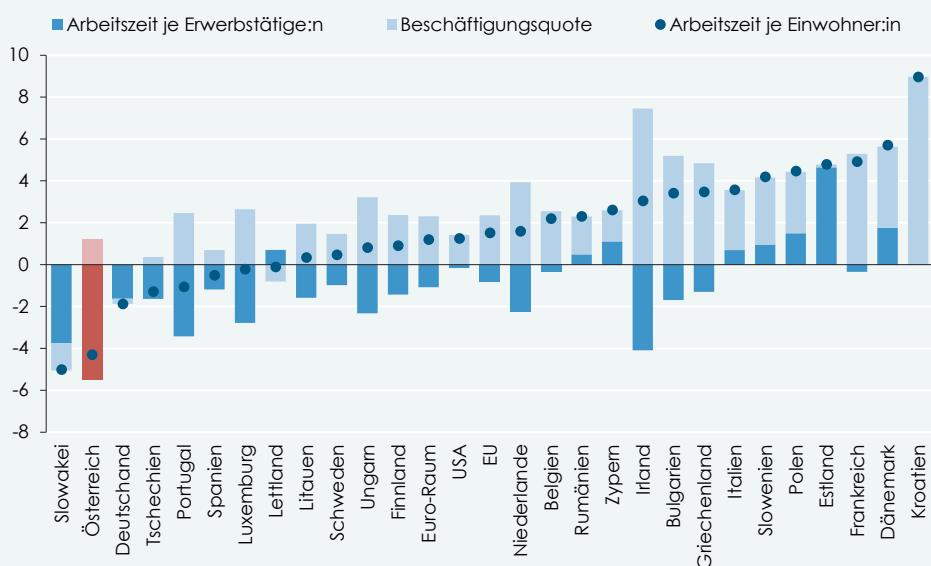
⁷) Das bedeutet nicht, dass der Wohlstand der vor einem Einwanderungsschub bereits im Land lebenden Menschen durch den Bevölkerungsanstieg sinkt. Diese können auch dann einen Gewinn lukrieren, wenn das BIP pro Kopf, das auch die Zugewanderten umfasst, schrumpft; siehe dazu Felbermayr und Kohler (2009).

großen EU-Mitgliedsländern konnte vor allem Frankreich reüssieren (fast +5%).

Die in Abbildung 6 gezeigten Veränderungen der Arbeitszeit je Einwohner:in lassen sich zerlegen in die Veränderung der Arbeitszeit je Erwerbstätige:n und in die Veränderung der Beschäftigungsquote, definiert als Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung. Letztere stieg in Österreich von 2019 bis 2023 um 1,2%. Dass somit ein wachsender Anteil der in Österreich ansässigen Personen einer Erwerbsarbeit nachgeht, ist erfreulich. Da aber zugleich die Arbeitszeit je

Erwerbstätige:n um 5,5% sank, ergibt sich der in Abbildung 6 gezeigte Rückgang. Das deutliche Wachstum der Arbeitszeit je Einwohner:in in Frankreich ist hingegen ausschließlich auf einen Anstieg der Beschäftigungsquote zurückzuführen, während die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätige:n um 0,3% zurückging. Im Euro-Raum insgesamt nahm die Beschäftigungsquote 2019/2023 um 2,3% zu und die Arbeitszeit je Erwerbstätige:n um 1,1% ab, sodass sich ein Anstieg der Arbeitszeit je Einwohner:in von 1,2% ergibt.

Abbildung 6: **Entwicklung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Einwohner:in**
Veränderung 2019/2023 in %



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission, Macrobond. 2023: Prognose. Beschäftigungsquote: Erwerbstätige laut vierteljährlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung in % der Wohnbevölkerung.

Der Rückgang der Arbeitszeit je Einwohner:in ist also ein überaus wichtiger Erklärungsfaktor, warum in Österreich der Realwert des BIP pro Kopf gesunken ist. Die Zerlegung legt nahe, dass er der wichtigste Treiber gewesen sein muss, zumal er allein den Realwert des BIP je Einwohner:in um 4,3 Prozentpunkte dämpfte. Da in Österreich das Arbeitsvolumen 2019/2023 um 1,5% sank und die Nettoinvestitionen positiv waren, hat sich die Kapitalintensität pro Arbeitseinheit erhöht und damit einen positiven Wachstumseinfluss entfaltet. Die allgemeine Produktivitätsentwicklung war von den COVID-19-Verwerfungen und den massiven Veränderungen der relativen Preise betroffen und ist nur schwer einschätzbar. Unter der Annahme eines konstanten Kapitalstocks müsste das residuale Produktivitätsmaß per Saldo leicht gestiegen sein, um die Ergebnisse erklären zu können⁸⁾.

Warum ist die Arbeitszeit je Einwohner:in hierzulande so deutlich gesunken? Dafür sind verschiedene Gründe ausschlaggebend. Erstens ist der Trend zur Teilzeitarbeit in Österreich ausgeprägt. Zweitens ist das Bevölkerungswachstum in Österreich seit 2019 vollständig durch Zuwanderung entstanden. Viele Migrant:innen sind allerdings Flüchtlinge, die aus rechtlichen oder anderen Gründen in Österreich keiner Erwerbsarbeit nachgehen (dürfen). Drittens führt die demografische Entwicklung dazu, dass die Wohnbevölkerung deutlich altert, weshalb der Anteil der Pensionist:innen kontinuierlich zunimmt. In der Folge sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit je Einwohner:in. Diesem Trend könnte die öffentliche Hand durch verschiedene Maßnahmen entgegenwirken: Sie könnte die Anreize für Vollzeitarbeit erhöhen, sehr viel mehr tun, um Migrant:innen schneller in Arbeit zu bringen, und noch entschei-

Der Rückgang der Arbeitszeit je Einwohner:in ist der wichtigste Grund für den Rückgang des Realwerts des BIP pro Kopf.

Es gilt, die Anreize für Vollzeitarbeit zu erhöhen, Migrant:innen rascher in Arbeit zu bringen und das faktische Pensionsantrittsalter zu heben.

⁸⁾ Wird die Outputelastizität des Kapitalstocks mit 0,3 angenommen, dann wäre ein Produktivitätswach-

tum von 0,5% erforderlich, um den Rückgang des Realwerts des BIP pro Kopf erklären zu können.

dener daran arbeiten, das faktische Pensionsantrittsalter anzuheben.

Wenn die Arbeitszeit je Einwohner:in zurückgeht, so hat dies nicht nur direkte negative Effekte auf das BIP pro Kopf, sondern auch Konsequenzen für die Preise nicht international handelbarer Güter: Alle Einwohner:innen benötigen Wohnraum, ärztliche Versorgung,

Schulen und fragen Dienstleistungen von Restaurants bis zum Handwerk nach. Steigt die zur Verfügung stehende Arbeitszeit nicht proportional zur Bevölkerung, so ist es wahrscheinlich, dass das Angebot an solchen nicht international handelbaren Gütern hinter der Nachfrage zurückbleibt. Dies erhöht den Inflationsdruck, der in weiterer Folge die Realeinkommen schmälert.

5. Inflationsentwicklung

Österreich war in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen mit einer deutlich höheren Inflation konfrontiert als die meisten anderen Euro-Länder.

In der Tat unterscheidet sich Österreich insbesondere hinsichtlich der Inflation wesentlich von anderen reichen Industrieländern. Zur Errechnung des Realwerts des BIP dienen die Deflatoren der Nachfragekomponenten, also die Verbraucherpreise, der Preisindex für den öffentlichen Konsum sowie jener für öffentliche und private Investitionen^{?)}. Der Verbraucherpreisindex (VPI) – weitgehend identisch mit dem Deflator des heimischen Konsums – ist aber quantitativ ausschlaggebend. Wie Abbildung 7 zeigt, stieg der VPI in Österreich von 2019 bis 2023 kumuliert um 22,0%, im Euro-Raum insgesamt dagegen "nur" um 17,8%. 2025 dürfte er in Österreich um 30,5% über dem Wert von 2019 liegen, im Euro-Raum um 24,1%. Die Größenordnung des Inflationsabstands ist neu, aber schon in der Zeit von Anfang 2010 bis Ende 2019 war die Inflation in Österreich kumuliert um etwa 7 Prozentpunkte höher gewesen als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Die "Anstoßeffekte" der Inflationsentwicklung waren in Österreich aus verschiedenen Gründen besonders ausgeprägt. Zum einen führten die COVID-19-Pandemie und das Krisenmanagement in Österreich verglichen mit anderen Ländern zu stärkeren Einbußen in der Produktion, vor allem im kontaktintensiven und hierzulande vergleichsweise bedeutenden Tourismussektor. Gleichzeitig wurden in Österreich höhere finanzielle Transfers an private Haushalte und Unternehmen ausbezahlt (OECD, 2021), was tendenziell inflationstreibend wirkte. Weiters trafen die Verwerfungen in den internationalen Lieferketten eine kleine offene Volkswirtschaft mit überdurchschnittlichem Industrieanteil härter als andere Länder. Und schließlich war Österreich auch durch die drastische Verteuerung von fossilen Brennstoffen, vor allem von Erdgas, aber auch von Diesel und Heizöl, stärker betroffen als andere Volkswirtschaften, weil die Abhängigkeit von Russland höher war (Europäische Kommission, 2022).

Aber auch die "Ansteckungseffekte", bei denen sich der ursprüngliche Schock auf an-

dere Sektoren überträgt, fortpflanzt und verfestigt, sind in Österreich ausgeprägter als in vielen anderen Ländern. Dies hängt mit der Inflationsindexierung vieler Preise zusammen, von den Mieten bis zu den öffentlichen Gebühren, sowie mit einer nachlaufenden Quasi-Indexierung der Löhne durch die Benya-Formel (siehe unten).

Die höhere Inflation muss nicht zwangsläufig den Realwert des BIP gedämpft haben, auch wenn der Verbraucherpreisindex stark mit dem Preisindex der inländischen Verwendung korreliert, denn ein hoher Preisauftrieb erhöht auch die nominelle Bruttowertschöpfung. In Ländern, die während der Teuerungskrise eine besonders deutliche Verschlechterung ihrer Terms-of-Trade hinnehmen mussten, stiegen typischerweise auch die Preise für Konsumgüter kräftiger, weil die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse nicht etwa aus einer Reduktion der nominellen Exportpreise folgte, sondern aus dem starken Anstieg der Importpreise.

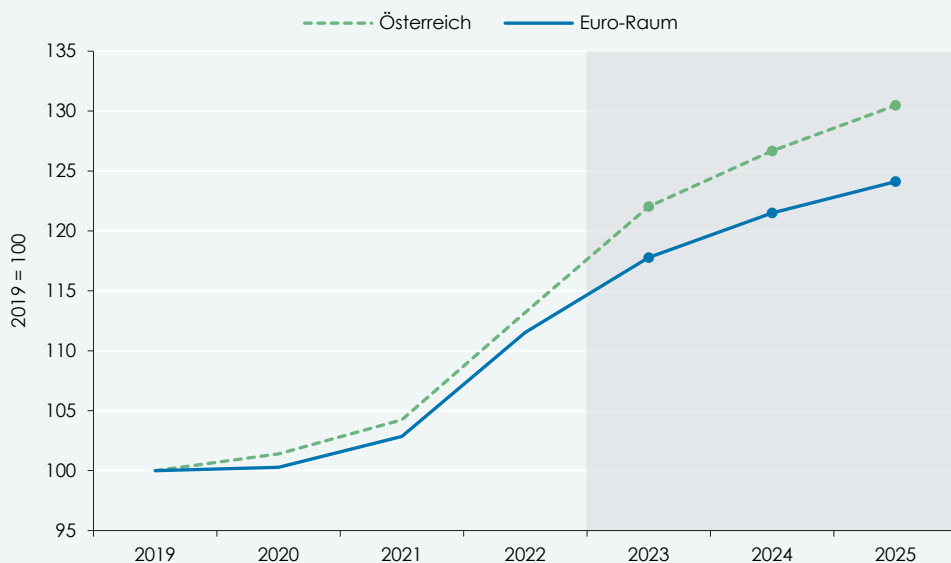
Die hohe Inflation hat außerdem einen direkten negativen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die makroökonomische Literatur betont, dass mit hohen durchschnittlichen Preissteigerungsraten auch eine höhere Varianz der Preisentwicklung einhergeht, was die in einer Marktwirtschaft so wichtigen Preissignale verzerrt und die Effizienz von Marktergebnissen reduziert. Das, und nicht die verteilungspolitisch problematischen Effekte hoher Inflation, ist der Grund, warum die einschlägigen Studien eine Inflationsrate von über 2% als wenig wünschenswert ansehen (Adam et al., 2022). Sie sollte aber auch nicht wesentlich unter 2% liegen, weil die empirisch und verhaltensökonomisch gut dokumentierte Starrheit der nominalen Preise sonst sehr rigide relative Preise implizieren würde. Die verhältnismäßig hohe Inflation ist also aus makroökonomischer Sicht selbst ein Problem. Dazu kommen verteilungspolitische Verwerfungen.

Die hohe Inflation bringt neben ungünstigen Verteilungseffekten auch negative Wachstumseffekte mit sich, die durch eine deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verstärkt werden.

^{?)} Genauer gesagt handelt es sich jeweils um Deflatoren aus der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung. Der Deflator des privaten Konsums ist mit dem VPI eng verwandt, aber nicht identisch.

Abbildung 7: **Entwicklung der Verbraucherpreise**



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023 bis 2025: Prognose. Verbraucherpreise laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVP).

Und schließlich bedeutet eine im Vergleich zu anderen Ländern erhöhte Inflation einen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind nicht direkt die Verbraucherpreise relevant, sondern die Preise von Vorprodukten wie Energie sowie die Höhe der Nominallohne, die in allen Ländern von der Verbraucherpreis-inflation abhängen. In manchen Ländern ist der Zusammenhang zwischen den Verbraucherpreisen und den Löhnen explizit gesetzlich geregelt, etwa in Belgien. In anderen ist er implizit durch lang bewährte institutionelle Strukturen vorgegeben, wie etwa in Österreich durch die Benya-Formel (Felbermayr et al., 2023).

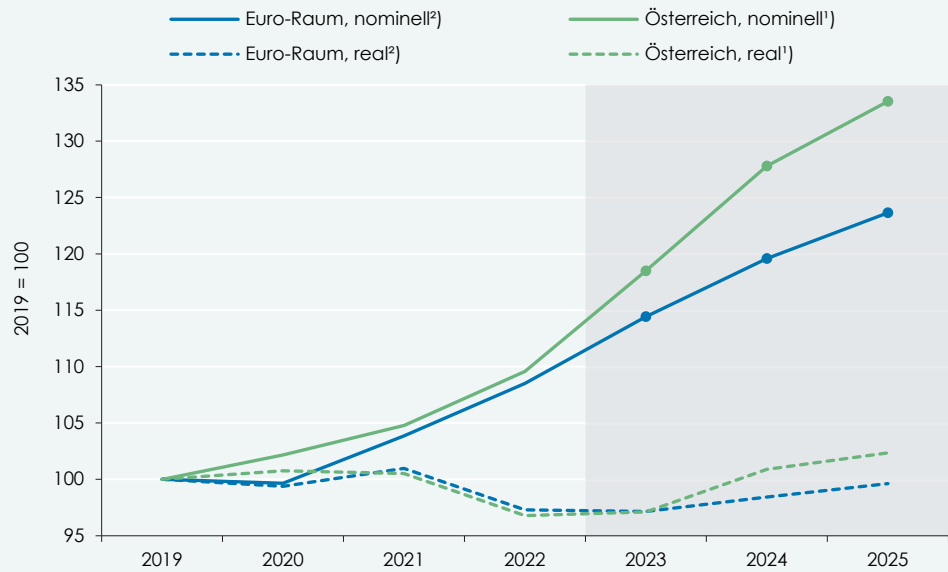
Wie Abbildung 8 zeigt, haben sich die Nominallohne in Österreich zwischen 2019 und 2023 deutlich dynamischer entwickelt als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Diese Entwicklung dürfte auch in den nächsten Jahren anhalten. Schon 2020, im ersten Jahr der COVID-19-Krise, stiegen die Nominallohne in Österreich um mehr als 2%, während sie im Euro-Raum insgesamt leicht zurückgingen. Weil die Benya-Formel die Preisdynamik der jeweils vorhergehenden zwölf Monate ("rollierende Inflation") als Ausgangspunkt nimmt, kam es 2023 und 2024 in Österreich zu deutlichen Nominallohnsteigerungen, die die ebenfalls dynamischen Lohnzuwächse in den anderen Euro-Ländern merklich übertrafen. Gemäß der WIFO-Prognose werden die heimischen Nominallohne 2025 um 33,5% höher sein als 2019 – damit dürfte der Zuwachs um ganze 10 Prozentpunkte stärker ausfallen als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Aus dieser Entwicklung folgt zwar nicht zwingend ein Verfall der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, allerdings lassen sich etwaige Positionsverluste in einer Währungsunion nicht mittels Abwertung des Wechselkurses ausgleichen. Zudem dürfte die heimische Produktivität innerhalb einer Fünfjahresperiode kaum um 10 Prozentpunkte stärker zulegen als in anderen Industrieländern des Euro-Raumes. Daher ist die Gefahr eines Verlustes von Wettbewerbsfähigkeit durchaus real. Es ist gut möglich, dass dieser schon eingesetzt hat und bereits jetzt das Wirtschaftswachstum dämpft; in den nächsten Jahren sind weitere negative Effekte zu befürchten.

Ein hohes Inflationsdifferenzial zum Euro-Raum wirkt sich also über den Weg der Lohnverhandlungen potenziell negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und reduziert damit das Wachstum des Realwerts des BIP pro Kopf.

Allerdings zeigt Abbildung 8 auch, dass in den Jahren 2024 und 2025 die Reallöhne in Österreich stärker wachsen dürften als im Euro-Raum, weil die hohen Nominallohnsteigerungen mit rückläufigen Inflationsraten zusammenfallen. 2025 dürfte die durchschnittliche Kaufkraft des Faktors Arbeit in Österreich um 2,4% über dem Ausgangswert von 2019 liegen, nachdem sie 2022 und 2023 deutlich darunter geblieben war; im Euro-Raum dürfte sie dagegen noch 2025 hinter dem Anfangswert zurückbleiben. Trotz der weit höheren Inflation entwickelten sich die heimischen Reallöhne seit 2019 nicht schwächer als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Abbildung 8: Lohnentwicklung



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigte, real deflationiert mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ Personen.

6. Realer Konsum

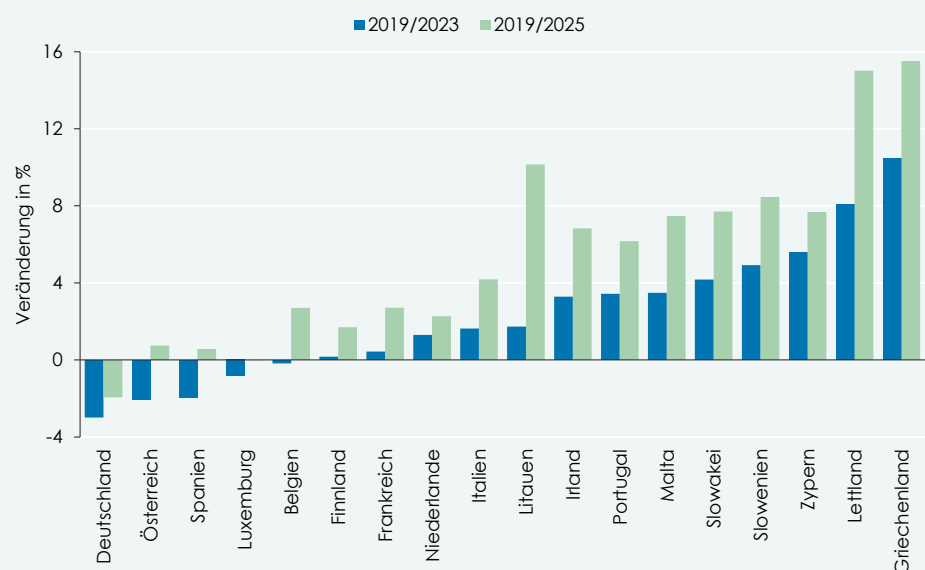
Der private Pro-Kopf-Konsum lag in Österreich 2023 um real 2% unter dem Vorkrisenniveau von 2019, da die Bevölkerung kräftig gewachsen ist.

Die Reallohninbußen wurden in Österreich durch verschiedene staatliche Transfermaßnahmen zumindest teilweise aufgefangen, wodurch der private Konsum nach dem erzwungenen Konsumverzicht durch die COVID-19-Krise im Jahr 2022 real wieder über das Ausgangsniveau von 2019 steigen konnte. Im Jahr 2023 stagnierte er aufgrund

der Teuerungskrise in realer Rechnung, verblieb aber über dem Niveau von 2019. Im laufenden Jahr und 2025 sollten die Reallohnsteigerungen dem privaten Konsum erneut Schwung verleihen; laut WIFO-Prognose dürfte er 2025 real um etwa 4,3% über dem Vorkrisenwert von 2019 liegen.

Abbildung 9: Entwicklung des privaten Konsums im Euro-Raum

Real pro Kopf



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023 und 2025: Prognose.

Doch auch bei der Einschätzung der Entwicklung des realen Konsums sollte eine Pro-Kopf-Betrachtung vorgenommen werden. Auf dieser Grundlage sieht die Situation deutlich weniger rosig aus, vor allem in jenen Ländern, in denen die Bevölkerung dynamisch gewachsen ist. Österreich schneidet auch in dieser Statistik nicht besonders gut ab. Der private Pro-Kopf-Konsum lag 2023 real um 2% unter dem Niveau von 2019. Damit entwickelte er sich zwar deutlich besser als in Deutschland, blieb aber hinter dem Euro-Raum zurück, wo im Durchschnitt eine Stagnation zu verzeichnen war. In Ländern, in denen die Bevölkerung schrumpft, stieg der private Pro-Kopf-Konsum teilweise auch bis 2023 spürbar. Bis 2025 wird sich der Konsum gemäß der Prognose der Europäischen Kommission erholen, auch in Österreich – die

Erholung dürfte aber in vielen Euro-Ländern stärker ausfallen als hierzulande.

Was die Durchschnittsbetrachtung verbirgt, ist die vermutlich hohe Heterogenität im Wachstum des realen privaten Konsums in den verschiedenen soziodemografischen Gruppen. So mussten etwa Pensionist:innen ab dem Spätsommer 2022 im Durchschnitt spürbar höhere Preissteigerungen hinnehmen als etwa unter 30-Jährige in Einpersonenhaushalten, und Einwohner:innen des Burgenlands waren dauerhaft mit einer höheren Inflationsrate konfrontiert als Wiener:innen. Bei gleicher Entwicklung der nominellen Einkommen entstehen dadurch deutlich divergierende Realeinkommen und damit auch andere Konsummöglichkeiten.

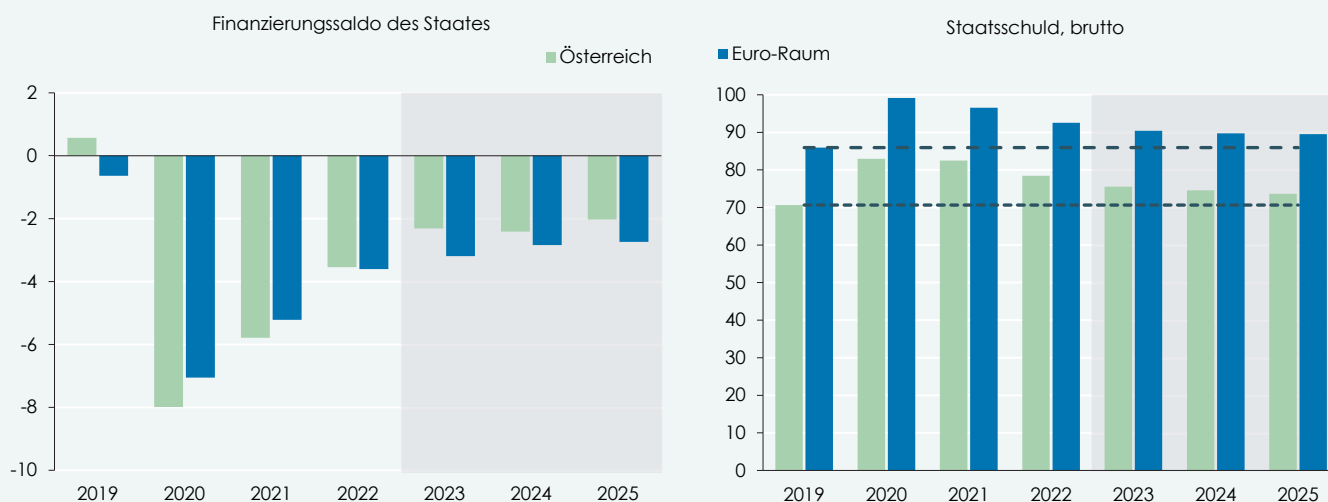
7. Öffentliche Finanzen

Nach der Diskussion von endogenen Variablen, also solchen, die sich im wirtschaftlichen Geschehen ergeben, soll abschließend ein Blick auf die Fiskalpolitik geworfen werden, die stärker politisch gesetzt wird. Das ist wichtig, weil bessere Ergebnisse beim Wirt-

schaftswachstum und der Inflation, die durch eine höhere Staatsverschuldung erkauft werden, nicht als nachhaltiger Erfolg betrachtet werden können.

Abbildung 10: Öffentliche Finanzen

Maastricht-Kriterien in % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. Strichlierte Linien kennzeichnen den jeweiligen Stand der Staatsschuldenquote 2019. 2023 und 2025: Prognose.

So ist es etwa den USA gelungen, das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2022 und 2023 trotz der stark gestiegenen Zinsbelastung dynamisch zu halten; der Preis dafür war aber ein sehr hohes gesamtstaatliches Budgetdefizit. Auch bei der Bekämpfung der Inflation ist ein Konflikt mit dem fiskalpolitischen Ziel eines möglichst geringen Budgetdefizits wahrscheinlich. Absenkungen von Verbrauchssteuern dämpfen in der Regel die Preise der verkauften Güter und Dienst-

leistungen, auch wenn die Reduktion typischerweise nicht vollständig weitergegeben wird. Die Steuersenkung führt aber immer zu geringeren Staatseinnahmen und damit bei fehlender Gegenfinanzierung zu höheren Defiziten. Ähnliches gilt für die verschiedensten Zuschussmodelle, wie etwa für die österreichische Strompreisbremse. Weil die Länder unterschiedlich intensiv Steuermittel für die Absenkung der Inflationsrate eingesetzt haben, haben sie einerseits unterschiedlich

Österreich verschuldet sich seit 2022 etwas weniger stark als der Durchschnitt des Euro-Raumes und kann so die in der COVID-19-Krise aufgelaufene Staatsschuld etwas rascher abbauen.

hohe Preissteigerungsraten erlebt, verzeichneten aber andererseits auch unterschiedlich hohe Budgetdefizite. Umgekehrt haben starke externe Preisschocks einerseits eine hohe Inflation zur Folge und erzeugen andererseits enorme fiskalpolitische Belastungen, wobei die öffentlichen Haushalte allerdings durch höhere Einnahmen aus wertgebundenen Verbrauchssteuern wie der Mehrwertsteuer entlastet werden. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Steigerungsraten des VPI und die Budgetdefizite der verschiedenen Länder eine klar negative oder klar positive Korrelation aufweisen.

Faktum ist, dass Österreich in den COVID-19-Jahren höhere negative Finanzierungssalden aufwies als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Einerseits war die Betroffenheit Österreichs höher, andererseits wurden besonders generöse Hilfen ausgereicht. Diese Großzügigkeit dürfte einen Teil der starken Überwälzung von Kostenschocks von den Unternehmen an die Konsument:innen erklären, weil

eine gute Liquiditätsvorsorgung der Nachfrager gemeinsam mit in der Krise aufgestauten Konsumwünschen auch bei steigenden Preisen für gute Umsätze sorgte. In der Teuerungskrise, die 2022 einsetzte und bis heute andauert, blieb Österreichs Budgetdefizit dagegen hinter dem Durchschnittswert für den Euro-Raum zurück (Abbildung 10, linke Grafik). Beim Schuldenstand betrug der Abstand zwischen Österreich (2019: 70,6% des BIP) und dem Euro-Raum (2019: 85,9% des BIP) auch im Jahr 2023 noch rund 15 Prozentpunkte und dürfte im Jahr 2025 auf 16 Prozentpunkte ansteigen (Abbildung 10, rechte Grafik). Österreich verschuldet sich seit 2022 etwas weniger stark als der Durchschnitt des Euro-Raumes und kann so die in der COVID-19-Krise aufgelaufene Staatsschuld etwas rascher abbauen als viele andere Euro-Länder. Dies liegt vor allem am inflationsbedingt hohen Wachstum des nominalen BIP, das bei der Berechnung der Schuldenquote als Nenner dient.

8. Schlussfolgerungen

Die in diesem Beitrag diskutierten makroökonomischen Variablen erlauben einen Vergleich der wirtschaftlichen Situation in Österreich mit jener in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem in Europa, seit dem Beginn der multiplen Krisen im Jahr 2020. Der zentrale Indikator ist der Realwert des BIP pro Kopf. Dieser beschreibt die für Konsum und Investitionen privat wie staatlich erwirtschaftete Kaufkraft pro Kopf. Wie sich zeigte, hinkt Österreich seit 2019 hinter dem Durchschnitt des Euro-Raumes und hinter den meisten OECD-Ländern her. Der Realwert des BIP pro Kopf dürfte hierzulande erst im Jahr 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 2019 erreichen.

Der Wohlfahrtsrückstand Österreichs hat zwei zentrale Ursachen: Einerseits trafen die negativen Schocks die österreichische

Wirtschaft härter als viele andere Länder. Das gilt sowohl für die COVID-19-Krise, für die Lieferkettenverwerfungen 2020/21 als auch für den Energiepreisschock von 2021/22. Andererseits ist in Österreich die geleistete Arbeitszeit je Einwohner:in sehr viel stärker zurückgegangen als in anderen Volkswirtschaften. Dieser Umstand allein erklärt bereits den Rückgang des Realwerts des BIP pro Kopf.

Dieser Beitrag wurde aus einer makroökonomischen Perspektive verfasst. Er trägt daher nicht zur Aufarbeitung der Stapelkrisen hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung, ihrer ökologischen Effekte oder ihrer langfristigen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen bei. Dies sind wichtige Fragen, die das WIFO in anderen Studien beleuchtet hat und weiter beleuchtet wird.

9. Literaturhinweise

- Adam, K., Gautier, E., & Weber, H. (2022). Why central banks should aim for a positive inflation target. *Deutsche Bundesbank Research Brief*, (46).
- Adhami, M., Bils, M., Jones, C., & Klenow, P. (2023). Population and Welfare: The Greatest Good for the Greatest Number. Stanford University. <https://web.stanford.edu/~chadi/popwelfare.pdf> (mimeo).
- Europäische Kommission (2022). Commission Staff Working Document – 2022 Country Report Austria. Accompanying the document "Recommendation for a Council Recommendation" on the 2022 National Reform Programme of Austria and delivering a Council opinion on the 2022 Stability Programme of Austria, COM(2022) 601 final, SWD(2022) 640 final. SWD(2022) 601 final. https://commission.europa.eu/system/files/2022-05/2022-european-semester-country-report-austria_en.pdf.
- Eppinger, P., Felbermayr, G., Krebs, O., & Kukharskyy, B. (2023). Decoupling Global Value Chains. *CESifo Working Paper*, (9079).
- Felbermayr, G., & Kohler, W. (2009). Can International Migration Ever Be Made a Pareto Improvement?. In Nowotny, E., Mooslechner, P., & Ritzberger-Grünwald, D. (Hrsg.), *The Integration of European Labour Markets*. Edgar Elgar.
- Felbermayr, G., Bitschi, B., & Baumgartner, J. (2023). Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation. *WIFO-Monatsberichte*, 96(9), 613-632. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71135>.

Jones, C., & Klenow, P. (2016). Beyond GDP? Welfare across Countries and Time. *American Economic Review*, 106(9), 2426-2457.

Nierhaus, W. (2014). Realwert des Bruttoinlandsprodukts: Aktuelle Ergebnisse. *ifo Schnelldienst*, 67(2), 52-55.

OECD (2021). *OECD Economic Surveys: Austria 2021*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/eaf9ec79-en>.

Stiglitz, J., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2010). *Mismeasuring Our Lives: Why GDP doesn't Add Up*. The New Press.